

A wireframe structure of a power transmission tower, rendered in blue lines and dots, set against a dark blue background. The tower is the central focus, with its lattice structure extending upwards and outwards. The background features a large, solid orange shape in the top left and a large, solid cyan shape on the right side. The overall aesthetic is modern and technical.

ENERGIE UND VERSORGUNG FÜR BERLIN SICHER – BEZAHLBAR – ZUKUNFTSFÄHIG

**Beschluss der
CDU-Fraktion Berlin**

14. Oktober 2022

CDU FRAKTION
BERLIN

Energie und Versorgung für Berlin sicher – bezahlbar – zukunftsfähig

Unser Land steckt tief in einer Energiepreis- und Versorgungskrise. Menschen bis weit in die Mittelschicht hinein sind massiv verunsichert. Die Verbraucherpreise im September 2022 erhöhten sich im Vergleich zum September 2021 in Berlin um 9,6 Prozent. Diese Belastungen merken alle Berlinerinnen und Berliner im Geldbeutel und besonders hart trifft es diejenigen, bei denen es ohnehin knapp ist. Die Preise für Nahrungsmittel sind im Vergleich zum Vorjahresmonat in Berlin um satte 18,8 Prozent gestiegen. Butter kostet 50,4 Prozent mehr als im Vorjahr und Brot schlägt sogar mit 66,3 Prozent Mehrkosten zu Buche. Daneben stiegen die Preise für Energie in Berlin im September 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 36,3 Prozent und Gas allein um 90,9 Prozent.

Viele Menschen stehen daher vor existenziellen Problemen. Die Ampel im Bund handelt nur zögerlich und der Senat verharrte wochenlang in Wartestellung. Jetzt ist jedoch nicht die Zeit von Abwarte-Taktiken und Streit um die Finanzierung zwischen Bund und Ländern. Jetzt ist die Zeit zum Handeln. Es braucht konkrete und zielführende Maßnahmen, um die Bürger kurzfristig deutlich zu entlasten und die Energieversorgung in Berlin mittel- und langfristig zu gewährleisten. Zudem müssen Maßnahmen ergriffen werden, um auch die Infrastruktur auszubauen und zu schützen. Die CDU-Fraktion schlägt daher folgende Maßnahmen zur Herstellung der Energiesicherheit, zur Stabilisierung der Energiepreise und zur Schaffung einer zukunftsfähigen Energieversorgung vor:

Energiesicherheit: Netze ausbauen – Infrastruktur schützen

1. Berliner Energiesicherheitsbericht

Die mutmaßlichen Sabotagen von Nord Stream 1 und wichtiger Bahnstrecken haben uns die Verwundbarkeit von kritischer Infrastruktur erneut schmerzlich vor Augen geführt. Wie verletzlich die Berliner Energieinfrastruktur ist, ist nicht einmal den Berliner Volksvertretern bekannt. Auf schriftliche Anfragen antwortet die zuständige Senatsverwaltung ausweichend und stellt den Abgeordneten nicht die notwendigen Informationen zur

Ausübung ihres Mandats bereit. Auf dieser Grundlage kann das Berliner Abgeordnetenhaus keine zielgerichteten Vorschläge machen, um die Energiesicherheit zu verbessern. Daher muss die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe einen ausführlichen Bericht zum Stand der kritischen Infrastruktur dem Wirtschafts- und Energieausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses vorlegen.

2. Dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung

Wir müssen dafür sorgen, dass in Berlin viele Möglichkeiten der Energieerzeugung und der Verteilung vorhanden sind. Dafür hat die Stadt bessere Voraussetzungen als viele Flächenländern in Deutschland. Bei den aktuell steigenden Energiekosten und wachsendem Energieverbrauch bietet die Energiebereitstellung durch kleinere Anlagen in Verbrauchernähe eine große Chance. Die Investition in dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung macht Verbraucher unabhängiger, spart auf lange Sicht viel Geld und schützt gleichzeitig die Umwelt.

3. Kraft-Wärme-Kopplung

Um Versorgungssicherheit mit Wärme und heißem Wasser auf der einen Seite und Klimaschutz auf der anderen Seite zusammenzubringen, müssen insbesondere die auf Kraft-Wärme-Kopplung basierenden Wärmenetze ausgebaut und auf Wasserstoff ausgerichtet werden. Ergänzt werden soll die Energiegewinnung durch die Nutzung von Biomasse, Restholz aus Brandenburg oder Abwärme aus der Müllverbrennung.

4. Netzinfrastuktur in Berlin ausbauen

Für uns kommt ein Rückbau der Strom-, Fernwärme- und Gasnetze nicht in Frage. Die vorhandenen Netze sollen in Zukunft vielmehr auch für den Betrieb mit Wasserstoff genutzt werden. Wir werden einen konkreten Ausbauplan für die Infrastruktur Berlins zur Pufferung, Speicherung und zum Transport von Strom und stofflichen erneuerbaren Energien, optimiert im Hinblick auf Sektorenkopplung und Systemdienstleistungen, erarbeiten.

5. *Energierregion Berlin-Brandenburg*

Kaum ein Ziel in Berlin lässt sich ohne eine Zusammenarbeit mit Brandenburg erreichen. Es soll daher ein intensiverer Dialog auf Augenhöhe mit Brandenburg zur Schaffung einer gemeinsamen Energierregion Berlin-Brandenburg geführt werden. Wir brauchen ein gemeinsames Arbeitsgremium mit Vertretern aus beiden Bundesländern, den Energieversorgern, Netzbetreibern, Unternehmens- und Verbraucherverbänden, um die Energieversorgung und Verteilung der Zukunft zu planen. Dabei müssen auch Standortfragen wie die PCK Raffinerie in Berlin eine stärkere Rolle spielen. Wir stehen zur Region und wissen um die große industriepolitische Bedeutung mit Öl für die gesamten neuen Bundesländer.

Bezahlbare Energie und Entlastungen für alle Berliner

6. *Energiepreisdeckel auch auf Strom und Heizöl*

Insbesondere die kriegsbedingte Knappheit von Gas führt dazu, dass die Preisbildungsmechanismen des Marktes kurzfristig nicht die Grundversorgung der Menschen mit Energie zu akzeptablen Preisen gewährleisten werden. Vor diesem Hintergrund haben wir bereits vor Wochen den Senat aufgefordert, sich für einen zeitlich befristeten Energiepreisdeckel einzusetzen. Die Gaspreiskommission hat nun einen Deckel für Gas gefordert, die Einbeziehung von Strom und Heizöl ist bislang offen. Für alle Stromkunden und 500.000 Berliner, die mit Heizöl heizen, würde dies bedeuten, dass Sie von der Entlastung nicht profitieren und weiterhin die exorbitant hohen Energiepreise zahlen müssen. Hier muss dringen nachgebessert werden. Für den Grundbedarf an Gas, Strom und auch Heizöl müssen sich die Verbraucherpreise am mittleren Preisniveau des Jahres 2021 orientieren. Darüber hinaus sollte dann der derzeitige Marktpreis bezahlt und keine Mondpreise aufgerufen werden.

7. *Gebührenstopp in Berlin*

In der aktuellen Energie- und Versorgungskrise ist es nicht die Aufgabe des Staates, zusätzlich dazu beizutragen, dass der Bevölkerung höhere Kosten entstehen. Tarifierhöhungen für Müllentsorgung und Mehrkosten für Anwohnerparkausweise kommen zur

Unzeit. Die rot-grün-roten Regelungen zur Grundsteuer sind falsch und kommen zur Unzeit. Wir fordern den Senat daher auf, sämtliche neue Belastungen durch Gebühren, Abgaben oder erhöhte Steuern zwingend zu vermeiden.

8. *Beratungsangebote*

Die Preissteigerungen werden nur zum Teil von staatlichen Interventionen abgedeckt werden können. Alle sind aufgerufen, Energie zu sparen – aber bitte ohne erhobenen Zeigefinger oder Hygiene- und Kleidungstipps von Politikern. Da es einen gestiegenen Bedarf an Beratung zum Energiesparen und zur Energiefinanzierung gibt, sind die Verbraucherschutzzentrale und die Schuldnerberatung umgehend personell aufzustocken und auch mit zusätzlichen Zuwendungen beispielsweise für aufsuchende Energieberatung in Einkaufszentren auszustatten.

9. *Finanzierung der landeseigenen Bereiche und der Zuwendungsempfänger sicherstellen*

Vor allem Kitas, Schulen, Sportvereine, Krankenhäuser, soziale Einrichtungen, Hochschulen und Forschungs- und Kultureinrichtungen müssen durch das Land Berlin bei den steigenden Energiekosten unterstützt werden. Wir fordern den Senat auf, gerade die für die soziale Daseinsvorsorge in der Krise unverzichtbaren Einrichtungen zu unterstützen und einen finanziellen Schutzschirm auch für die freien Träger der Sozial- und Gesundheitswirtschaft aufzuspannen. Drohende Insolvenzen müssen mit aller Kraft abgewehrt werden. Die Finanzierung der Leistungserbringer im sozialen Bereich ist so anzupassen, dass die Kosten für Strom und Wärme direkt von der öffentlichen Hand übernommen werden. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen eine finanzielle Sonderzuwendung erhalten, um wirtschaftliche Schieflagen in diesem Bereich abzuwenden.

10. *Nachtragshaushalt des Senats schnell und wirkungsvoll vorlegen*

Der Senat hat bereits den Beschluss über den Doppelhaushalt 2022/23 immens verschleppt. Dauerstreit und Bummeln beim Senat haben dazu geführt, dass viele wichtige Projekte in unserer Stadt sehr lange keine auskömmliche Finanzierung erhalten haben. Jetzt dürfen die großen Sorgen und Nöte der Berlinerinnen und Berliner nicht auch noch auf eine immer längere Bank geschoben werden.

Es war seit Wochen völlig klar, dass der Senat zur Entlastung der Berliner schnell ein Nachtragshaushalt vorzulegen hat. Wochenlang ist trotz unserer Mahnungen nichts passiert. Es ist fahrlässig und tatenlos, dass die Koalition auch im Oktober dem Parlament keinen Nachtragshaushalt vorgelegt hat, um die Haushaltsüberschüsse aus dem ersten Halbjahr von 2,3 Milliarden Euro effektiv zu nutzen, um die Berlinerinnen und Berliner in dieser Krise zu unterstützen und zu entlasten. Wir wären bereit, bereits am 20. Oktober im Plenum den Nachtragshaushalt auf Vorlage des Senats zu beraten und werden nicht zulassen, dass die parlamentarische Kontrolle mangels Zeit zu kurz kommt.

Die Mittel dürfen nicht in ideologische Prestigeprojekte fließen, sondern müssen den Bürgern in Form von Entlastungen zurückgegeben werden. Der aufgelegte Härtefallfonds muss dabei unbedingt weiter aufgestockt und endlich zugänglich gemacht werden. Die Antragsberechtigten müssen definiert und über ihre Berechtigung umfänglich informiert werden.

Die Berliner und Berlinerinnen müssen jetzt ihre Energie-Rechnungen bezahlen. Deshalb wollen sie Gewissheit, mit welchen Hilfen sie rechnen können, welche Härtefälle Unterstützung erhalten. Auf die Gaspreisbremse der Ampel können sie in dieser Heizperiode offenbar nicht zählen, da sie nach Empfehlung der Kommission erst ab März ziehen soll. Es geht jetzt um schnelle Entlastungen, kurzfristige Hilfe, wirksame Zuschüsse für die Berliner und die Unternehmen in der Stadt.

11. Mehrwertsteuer absenken

Die aktuelle Krise ist nicht nur eine Energie-, sondern auch eine Versorgungskrise. Die immens hohen Kosten für Energieträger treiben auch die Kosten für Nahrungsmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs in die Höhe. Um die Bürger zu entlasten, den Konsum zu stärken und der Konjunktur neuen Schub zu geben, hat die damalige schwarzrote Bundesregierung in der Corona-Pandemie eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes vorgenommen. Da die Maßnahmen der Ampel-Koalition viel zu spät in Kraft treten werden und die Wirkung noch wesentlich später spürbar sein wird, bedarf es auch jetzt einer zeitlich befristeten Senkung des Mehrwertsteuersatzes, um die Bürger kurzfristig zu entlasten und die Kaufkraft zu erhöhen. Der reguläre Satz sollte dabei von 19 auf 16 Prozent und der ermäßigte von 7 auf 5 gesenkt werden. Grundnahrungsmittel und gesunde Nahrungsmittel sollen mehrwertsteuerfrei sein. Diese Möglichkeiten, die seit Än-

derung der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie im April 2022 auch für die Bundesregierung bestehen, wurden seitdem nicht genutzt. Unsere Forderung reiht sich ein in die von Sozialverbänden und der Verbraucherzentralen.

Energieversorgung zukunftsfähig gestalten

12. Technologieoffenheit

Die Energiekrise kann zum Katalysator für die Energiewende werden. Jetzt ist die Zeit für pragmatische Maßnahmen und für eine ideologiefreie Politik. Alles, was Energie erzeugt oder Energie spart ist willkommen. Es macht daher Sinn, die verbliebenen Atomkraftwerke für eine definierte kurze Zeit weiter zu nutzen und die Diskriminierung anderer Energieträger wie z.B. E-Fuels, Bioenergie, Biomethan oder Wasserstoff zu beenden.

13. An der Klimaneutralität festhalten – Direct-Air-Capture-Technologie für Berlin

Wir halten an der Erreichung der Klimaneutralität Berlins bis zum Jahr 2045 fest. Aufgrund der aktuell angespannten Versorgungssituation ist es jedoch unumgänglich, dass wir neben einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke die vorhandene fossile Energieerzeugungs-Infrastruktur nutzen. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen daher innovative Technologien genutzt werden, die die Emission von klimaschädlichem CO₂ begrenzen. Die CO₂-Entnahme mittels einer Direct-Air-Capture-Ablage (DAC) kann dabei ein Gamechanger sein. In Hellisheidi auf Island steht Orca, der größte DAC-Komplex weltweit. Dieser entzieht der Luft 4.000 Tonnen CO₂ pro Jahr, welches durch einen Filter abgeschieden, mit Wasser vermischt und tief in die Erde gepumpt wird. Durch natürliche Mineralisierung reagiert der Kohlenstoff mit dem Basaltgestein im Untergrund und versteinert innerhalb weniger Jahre. Berlin sollte seine klugen Köpfe nutzen und in der theoretischen sowie praktischen Forschung zur DAC-Technologie führend werden. Dafür sollte ein Forschungsstandort identifiziert werden, an dem die Technologie zur Reife gebracht wird. Sobald die Technologie entsprechend ausgereift ist, könnte eine DAC-Anlage zur Einhaltung unserer Klimaziele beitragen.

14. Große Flächen zuerst: Solarenergie auf landeseigenen Gebäuden

In dieser Landesregierung besteht die Tendenz, den privaten Dachflächenbesitzer in die Pflicht zu nehmen, während man sich selbst bei landeseigenen Gebäuden zurückhält. Es gilt, jetzt möglichst schnell große Flächen zu erschließen, auf Industriehallen, Verwaltungsgebäuden, Turnhallen oder Schulen etc. Dafür wird es notwendig sein, bisher notwendige Genehmigungsverfahren umfassend zu vereinfachen und zu beschleunigen. Ebenfalls muss ein Anreizprogramm auf den Weg gebracht werden, damit die Maßnahmen zügig in Angriff genommen werden. Der Ausbau der Solarenergie auf großen Flächen hat dabei absolute Priorität. Unser Gesetzesvorschlag zur Beschleunigung des Ausbaus auf landeseigenen Flächen liegt dem Parlament vor, wird aber von der Koalition verschleppt.

15. Abwasser für Wärmeerzeugung nutzen

Jährlich fließen Milliarden Liter vorher aufwendig erwärmtes Abwasser aus Haushalten und Unternehmen in die Kanalisation, ohne die darin enthaltene Wärme zu nutzen. Das gleiche gilt für industrielle Abwärme, die häufig ungenutzt verpufft. Der Senat von Berlin wird aufgefordert, mit den Berliner Wasserbetrieben (BWB) ein belastbares Konzept zur Nutzung von Abwasserwärme zur Energieerzeugung zu erarbeiten. Dabei sollen die Potentiale von großen Neubauvorhaben sowie eine Nachrüstung der bestehenden Abwasserinfrastruktur der BWB dargelegt werden. Auch sollen mögliche Potentialgebiete definiert werden, in denen der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur nach ökonomischen Grundsätzen sinnvoll erscheint. Das Konzept soll klare Aussagen zur technischen Machbarkeit sowie zu notwendigen Investitionskosten machen.

16. Geothermie

Wir möchten mit Technikexperten klären, an welchen Orten in Berlin neue, größere Anlagen zur Gewinnung von Geothermie entstehen können. Diese könnten bspw. durch das Fernwärmenetz hunderttausende Haushalte versorgen.

Viele Berliner Hausbesitzer ziehen eine geothermische Heizung aufgrund der hohen Kosten bei ungewissem Erfolg für Probebohrungen nicht in Betracht. Ein staatlicher Geothermieatlas mit den verzeichneten Potentialgebieten würde hier Abhilfe leisten. Auch

die Übernahme oder Förderung der Kosten für erfolglose Probebohrungen in vielversprechenden Stadtgebieten würde viele investitionswillige Hausbesitzer ermuntern, sich für eine Geothermieheizung zu entscheiden.

Neben der Tiefengeothermie sind auch öffentliche Flächen auf ihre Eignung für oberflächennahe Geothermie zu überprüfen und bei anstehenden Sanierungsarbeiten z.B. auf Schulhöfen zu prüfen.

17. Luftwärmepumpen fördern

Luftwärmepumpen können einen erheblichen Beitrag zur Bereitstellung von Heiz- und Warmwasserenergie leisten. Sie sind technisch ausgereift und entlasten durch die Reduzierung des benötigten Primärenergiebedarf aus fossilen Brennstoffen das Klima. Wir wollen die Installation von Luftwärmepumpen fördern und über die Investitionsbank Berlin ein Sonderprogramm in Höhe von 5 Mio. Euro auflegen.

18. Ausbildungsoffensive für Klimaberufe. Ich bin Klimaschutztechniker

Häufig herrscht noch ein falsches Bild über eine Ausbildung im Handwerk vor. Modernes Handwerk hat nichts mehr mit schnöder „Rohrlegerei“ oder reiner „Strippenzieherei“ zu tun. Die Anlagen sind hoch komplex und deren Erstellung bedarf vieler Erfahrung und hohes Fachwissen. Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive für technische Berufe, die bei der Umsetzung der Energieeinsparungen und Erreichung der Klimaziele unerlässlich sind. Derzeit herrscht hier ein Fachkräftemangel, der alle Pläne zunichtemachen kann. Diese Ausbildungsinitiative soll in Kooperation mit der Handwerkskammer Berlin, der Industrie- und Handelskammer Berlin, den regionalen Jobcentern, den weiterführenden Schulen und den technischen Fachhochschulen Berlins erfolgen.

Dabei geht es insbesondere um die Berufsfelder der Installateure, Elektriker und entsprechenden Anlagentechniker.

Die CDU-Fraktion Berlin spricht sich für eine kombinierte Ausbildung zu einem „Klimaschutztechniker“ ein. Die Ausbildungen sollen zudem so angelegt werden, dass eine Weiterqualifizierung zum Handwerksmeister oder ein entsprechendes Studium an einer Berliner Fachhochschule nahtlos möglich ist. Damit soll insbesondere auch ein Angebot an Abiturienten geschaffen werden.

Es sollen dabei auch Lösungsansätze erarbeitet werden wie zum Beispiel die Anhebung der Ausbildungsvergütung oder einen Ausbildungszuschuss an die auszubildenden Betriebe.

Es braucht ferner ein Konzept zur Werbung für diese Berufsfelder an den Berliner Schulen vorzulegen. Neben Unterrichtsbesuchen oder Ausbildungsmessen soll auch eine entsprechende Informationskampagne für die Schülergruppen erstellt werden, denen die Vorzüge einer dualen Ausbildung im Handwerk unbekannt sind. Diese Informationen sollen auch in den einschlägigen Fremdsprachen erstellt werden und sich an die nicht-deutschsprachigen Eltern der möglichen Auszubildenden richten.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

- ☎ Telefon: (030) 23 25 21 15
- ☎ Telefax: (030) 23 25 27 65
- ✉ mail@cdu-fraktion.berlin.de
- 🌐 www.cdu-fraktion.berlin.de

